

## Vom Waldbau in der DDR-Zeit zu den Anfängen

### der Naturgemäßen Waldwirtschaft nach der politischen Wende 1989/90

#### Eine Nachbetrachtung

**Hubertus Biehl, Mühlhausen**

Mit der politischen Wende 1989/90 und dem beginnenden Gedankenaustausch mit Forstleuten aus dem anderen Teil Deutschlands schien sich für uns Förster aus der DDR ein neues Gesichtsfeld im waldbaulichen Denken zu eröffnen. Die ersten Kontakte, die von Freude und Euphorie geprägt waren, sind uns heute noch in bester Erinnerung. Jede uns bietende Möglichkeit der Zusammenkunft wurde wahrgenommen, um schließlich auch etwas Neues zu erfahren. Da wurde u.a. von naturgemäßer Waldwirtschaft gesprochen, ein Begriff, der uns nicht so geläufig war, aber später ein Leitmotiv unseres waldbaulichen Handelns sein sollte.

Doch, was hatten wir, die wir nach unserer beruflichen Ausbildung viele Jahre die Forstwirtschaft im Osten Deutschlands durch unsere praktische Tätigkeit mitgestaltet haben, in den Gedankenaustausch einzubringen? Die ältere Forstgeneration kann sich noch recht gut an den mehrfachen Wandel der Waldbaukonzeptionen in der DDR erinnern, der sich selbstverständlich auf die geistige Einstellung und letztlich auf die Handlungsweise auswirkte. Zum besseren Verständnis soll ein kurzer Abriss der waldbaulichen Konzepte folgen.

Ausgehend von dem Dauerwaldgedanken Möllers in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde unter Hermann Krutzsch nach dem 2. Weltkrieg die Vorratspflegliche Waldwirtschaft entwickelt und 1951 durch staatliche Weisung („Umstellung der Kahlschlagswirtschaft auf vorratspflegliche Waldwirtschaft“) beschlossen. Mit dem Ziel des Aufbaus eines horst- und gruppenweise gegliederten ungleichaltrigen Mischwaldes wurden theoretisch die Grundlagen einer naturgemäßen Waldwirtschaft in der DDR gelegt, auch wenn der Begriff „naturgemäß“ nicht zum Vokabular in der forstlichen Sprache wurde (sein durfte). Soweit man die seinerzeitigen Aktivitäten zurückverfolgen kann, sind in der Zeit der „Vorratspflege“ Bestandserziehung und -pflege verbessert und die damaligen Kahlschlagsflächen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht weiter vergrößert worden. Auch hat sich ein gewisses ökologisches Denken entwickelt. Im nordwestlichen Raum Thüringens sah man in den dort auf großer Fläche vorkommenden Laubholz-Plenterwäldern, historisch entstanden in den altrechtlichen Waldgenossenschaften, gute Voraussetzungen für den Erhalt und den Aufbau strukturreicher Bestände. Die „Vorratspflege“ schien hier zu greifen. In dieser Zeit wurden z.B. auch die ertragskundlichen Versuchsflächen in den Plenterwäldern des

Forstreviers Langula eingerichtet, um langfristig Unterlagen für das Wuchsverhalten solcher strukturierten Waldbestände zu bekommen. Heute liegen dank der sehr engen Zusammenarbeit mit dem Institut für Waldwachstum und Forstliche Informatik der TU Dresden Ergebnisse über Wachstumsabläufe in ungleichaltrigen Laubholzbeständen vor, die es ermöglicht haben, Zielinformationen für eine optimale Behandlung solcher Bestände zu erarbeiten.

Für unser ANW-Mitglied Roland Möller war es eine besondere Ehre, Hermann Krutzsch persönlich im damaligen Forstamt Ruhla kennengelernt zu haben. Seine Erinnerungen an Krutzsch und die gewonnenen Eindrücke von den Anfängen der „Vorratspflege“ sind in der Schriftenreihe Heft 3 der ANW-Landesgruppe Thüringen nachzulesen, aber auch in der Broschüre „Hermann Krutzsch und die Naturgemäße Waldwirtschaft in der DDR“ von Roland Möller und Thomas Scheeder.

Es mag an der überzogenen Auslegung der vorratspfleglichen Prinzipien (Das Schlechteste fällt zuerst, das Beste bleibt erhalten.), aber auch an den immer noch sehr hohen staatlichen Nutzungsvorgaben seinerzeit gelegen haben, dass es in vielen Waldbeständen zu unververtretbaren Auflichtungen und Vergrasungen der Bestände gekommen ist. Durch Ignoranz des vorhandenen Raum-Zeit-Gefüges wurden Verjüngungschancen verschenkt und örtlich auch Sturmschäden induziert (Thomasius). Auch wenn diese Situation allgemein für die Waldungen der DDR galt, so trifft das für den Thüringer Raum in einer Nachbetrachtung sicher nur in Ausnahmen zu. Mit der Bewältigung der Borkenkäfer- und Sturmkatastrophe im Thüringer Wald und der zügigen Aufforstung produktionsloser Flächen Anfang der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts haben die Thüringer Forstleute u. a. sehr eindrucksvoll zur Stabilisierung der Nachhaltigkeit der Wälder in Thüringen beigetragen.

In Anbetracht der allgemein entstandenen negativen Situation in der Waldwirtschaft der DDR entschloss man sich Ende der fünfziger Jahre zu einer Kurskorrektur in den Waldbaugrundsätzen.

1961 traten die „Grundsätze zur waldbaulichen Behandlung der Forsten in der Deutschen Demokratischen Republik“ in Kraft. Mit ihnen wurde von der Vorratspflege und somit auch von einer vermeintlichen „naturgemäßen Waldwirtschaft“ abgerückt und eine Nachhaltigkeit in allen Belangen der Forstwirtschaft gefordert. Dass man mit diesen Grundsätzen allerdings auch die bislang verbotene Kahlschlagswirtschaft tolerierte, kam sehr unterschwellig zum Ausdruck, öffnete aber gleichzeitig auch das Tor für die spätere „Industriemäßige Forstwirtschaft“.

Diese neue Zeit, in der auch eine Änderung der Forststruktur in der DDR mit der Bildung sogenannter VVB Forstwirtschaft (Vereinigung Volkseigener Betriebe Forstwirtschaft) erfolgte, war gekennzeichnet von einem sehr intensiven mit Bodenbearbeitung, Düngung, Melioration und

Chemieeinsatz verbundenen Waldbau. Besonders der Einsatz chemischer Mittel zur Unkrautbekämpfung und Pflege (sowohl Kultur- als auch Jungwuchspflege) war bezeichnend für diese Zeit. Auf Folgeschäden wurde wenig Rücksicht genommen. Ein gut durchdachtes Kennziffernsystem zwang die Forstleute zum waldbaulichen Handeln im Sinne der neuen Grundsätze.

Neue Erkenntnisse in der Standortserkundung trugen allerdings auch dazu bei, die Sicht auf einen standortgerechten Waldbau zu lenken. Im eigenen Wirkungsbereich wie überhaupt in Nord-West-Thüringen sind in dieser Zeit viele unstandortgemäßen Nadelholzbestockungen durch Voranbau in Laubwald umgewandelt worden.

Es bedurfte nur eines Anstoßes, um zu Beginn der siebziger Jahre die in der Landwirtschaft eingeführten industriemäßigen Produktionsmethoden auch auf die Forstwirtschaft zu übertragen. Bis Anfang bzw. Mitte der achtziger Jahre stand die Technisierung der gesamten Forstwirtschaft an erster Stelle. Waldbau und Nutzung lagen nicht mehr in einer Hand. Sogenannte „Technikkomplexe“ in der Holzernte bestimmten im Wesentlichen das Geschehen in der forstlichen Produktion. Im Waldbau wurden Nutzungsmodelle eingeführt, die über den konkreten Waldbestand zu entscheiden hatten. Es war auch die Zeit, in der die private und genossenschaftliche Waldwirtschaft zunächst über die Bildung von „Zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen Waldwirtschaft“ (ZEW) aber dann (ab Mitte der siebziger Jahre) durch die zwangsweise Eingliederung in die staatliche Forstwirtschaft auch mit in das System der industriemäßigen Produktionsmethoden einbezogen wurde.

Aus heutiger Sicht muss diese Zeit als waldbaulicher Tiefstand bezeichnet werden. Es ist erfreulich, dass sich trotz aller Probleme viele Thüringer Forstleute von ihrem ökologisch orientierten waldbaulichen Gewissen nicht abbringen ließen und für den Erhalt und den Aufbau guter Waldbestände sorgten. Gute Beispiele sind u.a. in den Laubholzbetrieben zu finden. Die vielen nach der politischen Wende erfolgten Exkursionen in die Thüringer Forstämter zur Besichtigung der Wälder und die Anerkennung der waldbaulichen Arbeit sollte ein Beweis für die hervorragende Arbeit der hiesigen Forstleute sein.

In den achtziger Jahren besann man sich von höchster Stelle wieder auf einen ökologisch orientierten Waldbau, und mit einem Erlass wurde den Ober- und Revierförstern eine höhere Verantwortung bei der Gestaltung der Wälder zugesprochen. Es kehrte wieder „Normalität“ in den inzwischen neu gestalteten Revieren ein. Der Waldbau hatte wieder Priorität erlangt, auch wenn selbstverständlich der Holzeinschlag noch von einem Nutzungssoll diktiert wurde.

Mit der „Verfügung über die Grundsätze für die Bewirtschaftung der Wälder der Deutschen Demokratischen Republik“ von 1985 sollte dazu beigetragen werden, die Bevölkerung stabil mit Rohholz und anderen Produkten des Waldes zu versorgen, die lebenden Holzvorräte zu erhöhen, den Schutz der Wälder zu gewährleisten und ihre landeskulturellen Wirkungen weiter zu steigern. In vielen Veranstaltungen der „Agrarwissenschaftlichen Gesellschaft“ (awig), eine Berufsorganisation für Hoch- und Fachschulabsolventen der Land- und Forstwirtschaft, wurden u.a. neue Erkenntnisse und Vorhaben im Waldbau vorgestellt und diskutiert. Im damaligen Bezirk Erfurt wurde z.B. ein Buchenprogramm ins Leben gerufen, welches weiterhin die Baumart Buche zu einem höheren Anteil an der Holzbodenfläche verhelfen sollte. In den Forstbetrieben wurden Aktivitäten entwickelt, durch Buchensaatgut- und Wildlingsgewinnung weiterhin umfangreiche Bestandesumwandlungen durchzuführen.

Gute Beispiele sind u.a. aus dem ehemaligen StFB Heiligenstadt bekannt. Dort ging man sogar so weit, auflaufende Buchen-Saaten im Frühjahr durch Schmauchfeuer erzeugten Rauch vor Spätfrostschäden zu schützen. Das Erfreuliche der letzten Zeit vor der politischen Wende war der beträchtliche Rückgang der Kahlschläge. Naturverjüngungen, nicht zuletzt auch durch häufigere Fruktifikationen der Buche, sind in großem Stil eingeleitet worden. Heute findet man aus dieser Zeit angehende Stangenhölzer mit z.T. gutem Edellaubholzanteil.

Sogenannte Höchstertragskonzeptionen, die von den Oberförstereien für ihren Bereich aufgestellt wurden, sollten als Grundlage für die Sicherung der Nachhaltigkeit der forstlichen Produktion dienen. Jährliche Kontrollen der fünfjährigen Forstkulturen, der Pflege-, Durchforstungs- und Nutzungsmaßnahmen durch Inspektoren wurden zwar oft als Zwang zur Durchsetzung forstlicher Maßnahmen gesehen, dienten aber schließlich auch zur Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der örtlichen Wirtschaftler.

Bei allen staatlichen Grundsätzen, Konzeptionen, Kontrollen u.ä. war es aber doch der Ideenreichtum der Forstleute, ihre Wälder so zu erhalten und gestalten, dass sie besonders in der Wendezeit von vielen Exkursionsteilnehmern bewundert werden konnten. Von der naturgemäßen Waldwirtschaft waren wir gar nicht so weit entfernt, auch wenn sich dieses Gedankengut bei vielen Forstleuten erst im Laufe der folgenden Jahre verfestigte.

Dass wir bei den „Naturgemäßen“ angekommen waren, zeigte sich u.a. an der gemeinsamen Gestaltung der Bundestagung der ANW 1992 durch die Forstämter Fulda und Mühlhausen.

Die Bundestagung fand vom 12. bis 14. Mai 1992 in Fulda statt. Für das Forstamt Mühlhausen war es die erste große Herausforderung nach der Aufnahme der Arbeit im September 1991, eine solche

Veranstaltung mit zu organisieren. In zahlreichen Vorgesprächen sowohl in Fulda als auch in Mühlhausen mit Beteiligung vom damaligen Vorsitzenden der Bundes-ANW, Freiherr von Rotenhan, aber auch solchen erfahrenen „Naturgemäßen“ wie Dr. Hasenkamp, Dr. Hermann Wobst, Graf Hatzfeld und Dr. Faust wurde der „Fahrplan“ zur Ausrichtung der Bundestagung festgelegt.

Dem Forstamt Mühlhausen kam die Aufgabe zu, nach der Tagung in Fulda in einer zweitägigen Exkursion im Forstrevier Langula die mittlerweile über die Grenzen Thüringens hinaus bekannt gewordenen Laubholzplenterbestände vorzustellen.

Es war das Verdienst altrechtlicher Laubgenossenschaften im Zusammenwirken mit weitsichtigen Revierförstern dieser Region, dass seit Ende des 19. Jahrhunderts aus weniger ertragreichen Mittelwäldern strukturierte Laubwälder entstanden sind, die heute den Zielen einer naturgemäßen Waldwirtschaft entsprechen. In der DDR-Zeit wurde staatlicherseits wenig Notiz von solchen Waldaufbauformen genommen, weil dieser Wald in seiner ungewöhnlichen Struktur so schlecht in ein normales Plankonzept passte, wie es Dr. Stahl-Streit in seiner Nachbetrachtung zur genannten Bundestagung im „Dauerwald“ (Der Dauerwald, Heft 7, Seite 22 ff) treffend formulierte. Mit ca. 0,3% Anteil Plenterwald an der Gesamtwaldfläche der DDR war in der Tat das Interesse an dieser Betriebsform nicht besonders groß. Nutzungsmodelle für den gleichaltrigen Wald ließen sich leichter erarbeiten und auch im Vollzug besser umsetzen.

Abkehr vom Schlagwald und Suchen eines ökonomisch und ökologisch besseren Weges in der Waldwirtschaft sollte das Thema der Bundestagung sein. Im Forstamt Fulda als hessischer Beispielsbetrieb für naturgemäße Waldwirtschaft war man schon seit Jahren dabei durch langjährige und stetige Pflege die Struktur des Waldes und seiner Dynamik zu verändern.

Die Mühlhäuser Wälder waren laut Konzept der Bundestagung geeignet, eine zeitgerechte Antwort auf die noch immer bestehende Meinung zur Fortführung des Großschirmschlages in der Buche zu geben.

Für die Mitarbeiter des Thüringer Forstamtes Mühlhausen bedeutete dies, die 700 zu erwartenden Besucher durch gut ausgesuchte Waldbilder im Revier Langula von der Richtigkeit des Vorhabens zu überzeugen und zum Plentern zu ermutigen.

In einem kurzen Einführungsvortrag am ersten Tag in Fulda durch den Mühlhäuser Forstamtsleiter Hubertus Biehl wurden die Laubholzplenterwälder des Reviers Langula vorgestellt, ihre geschichtliche Entwicklung aufgezeigt, aber auch auf die Kompliziertheit und Vielfalt der Behandlung von ungleichaltrigen und stufig aufgebauten Laubholzbeständen hingewiesen.

Für die Exkursion im Revier Langula sind drei Waldbilder mit folgender Thematik ausgesucht worden:

- Behandlung massenreicher Buchenplenterbestände
- Bewirtschaftung des Edellaubholzes in ungleichaltrigen Beständen
- Dynamik der Laubholzplenterwirtschaft (Vielgestaltigkeit der Waldaufbauformen)

Als Exkursionsführer waren der Forstamtsleiter, fünf Revierförster und ein Referendar eingesetzt. Gemeinsam mit solch bewährten naturgemäßen Forstleuten wie Brice de Turckheim, Willi Geyler, Dr. Huber, Dr. Trepp, K.F. Sinner und den oben bereits genannten „Naturgemäßen“ als Diskussionsleiter wurden bei herrlichem Frühjahrs Wetter die Routen begangen und die Waldbilder besichtigt und diskutiert. Im Mittelpunkt der Diskussion stand immer wieder die Frage der optimalen Nutzung zur Erhaltung und Gestaltung der Struktur und zur Sicherung eines gewissen Anteils an Edellaubbaumarten. Die Exkursionsteilnehmer waren sich darüber einig, dass letztlich das Plentergefüge im Wirtschaftswald nur künstlich erhalten werden kann, es aber sowohl ökonomisch als auch ökologisch Vorteile gegenüber dem Altersklassenwald bringt. Die über Jahre positiven wirtschaftlichen Ergebnisse der in der Region ansässigen Laubgenossenschaften mit ihren strukturierten Wäldern sind beredtes Beispiel für die ökonomischen Vorteile.

Zufriedene Gesichter gab es bei den Exkursionsteilnehmern natürlich auch beim gemeinsamen Imbiss am wunderschönen Forstort „Schildchen“ im Zentrum des Reviers Langula. Dafür gilt auch der Laubgenossenschaft Langula ein besonderer Dank.

Als Fazit der Bundes-ANW-Tagung soll eine Einschätzung von Dr. J. Stahl-Streit in der bereits genannten Dauerwald-Zeitschrift angeführt werden: „Die Tagung in Fulda hat viele Anstöße und Anregungen gegeben, durch eine andere Wirtschaft die Struktur, die Sicherheit und damit die wirtschaftliche Situation des Waldes nachhaltig zu verbessern. Die Tagung war auch eine Ermutigung dazu, die Möglichkeiten des Plenterbetriebes gegenüber allen Arten der schlagweisen Nutzung noch mehr als bisher wahrzunehmen“.

Für die Thüringer Forstleute war diese Veranstaltung ein Schlüsselerlebnis und sollte der Auftakt für die spätere erfolgreiche Tätigkeit der ANW-Landesgruppe sein.